

Kemal Gülcehre

Kandidatur für die Liste zur Europawahl

Listenplatz 6

Landesverband Rheinland-Pfalz



Als Sohn von Gastarbeitern in Rheinhessen aufgewachsen, habe ich den Beruf des Zimmermanns erlernt und war anschließend als Werkfeuerwehrmann bei Opel in Rüsselsheim tätig. Heute arbeite ich in der Rheinhessenfachklinik und wohne mit meiner Frau und drei (mittlerweile erwachsenen) Kindern in Alzey.

Ich engagiere mich politisch, weil ich mich mit Ungerechtigkeit nicht abfinden will: Wie kann man von einem „deutschen Erfolgsmodell“ sprechen, wenn die Armut in unserem Land stetig zunimmt? Gehören zu diesem Erfolgsmodell etwa auch Rentner*innen, die Pfandflaschen sammeln müssen oder Alleinerziehende, die auf zwei Jobs angewiesen sind? Ein Land, in dem das obere ein Prozent der Superreichen fast ein Drittel des gesamten Privatvermögens besitzt, hat kein Geld für die Schwächsten unserer Gesellschaft, belohnt aber Superreiche mit ständig neuen Steuergeschenken. Ich finde, das ist kein Erfolgsmodell, sondern eine Schande!

Auch in Europa ist es bislang nicht gelungen, die Ungleichheit zu verringern. Der Reichtum von einigen wenigen wächst munter weiter und gleichzeitig fehlen der EU die Mittel für Investitionen in die Daseinsvorsorge. Wir wollen ein Europa in dem alle gut leben können und kein Europa für Konzerne und Superreiche.

Politische Schwerpunkte

Pflege und Gesundheit

Pflege und Gesundheit sind mein Beruf, deswegen weiß ich, was dort nicht gut läuft: Pflege und Gesundheit dürfen keine Massenabfertigung sein. Im Vordergrund muss eine menschenwürdige Behandlung und Pflege stehen und nicht Profitinteressen. Die physisch und psychisch herausfordernde Arbeit der Pfleger*innen muss endlich angemessen bezahlt werden, europaweit. Hier sollte eines klar sein: Applaus reicht nicht – wir brauchen gute Arbeitsbedingungen und eine gerechte Bezahlung! Krankenhäuser müssen endlich wieder angemessen finanziert werden, damit diese sich auf ihre eigentlichen Aufgaben fokussieren können: eine der Krankheit angemessene Behandlung, unabhängig vom Versichertenstatus der Patient:innen. **DER MENSCH MUSS IM FOKUS STEHEN UND NICHT DAS GELD.** Deshalb wollen wir als LINKE Gesundheit und Pflege dem Binnenmarkt und dem EU-Wettbewerbsrecht entziehen. Gesundheit ist keine Ware, sondern Menschenrecht!

Als Rheinland-Pfälzer komme ich aus einem eher ländlich geprägten Bundesland. Jenseits der Ballungsgebiete entlang des Rheins, haben wir selbständige Gemeinden mit weniger als 1000, ja manchmal sogar weniger als 100 Einwohner:innen und Kreisstädte mit weniger als 5000 Seelen. Ich selbst bezeichne mich gerne als Landei, auch weil ich die Idylle und den Zusammenhalt dörflicher Gemeinschaften sehr schätze. Bei aller Romantik, darf natürlich nicht unterschlagen werden, dass gerade im Bereich der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum großer Nachholbedarf besteht.

Dies gilt freilich nicht nur für Rheinland-Pfalz und die Bundesrepublik, sondern für die gesamte EU. So leben beispielsweise in Spanien, Schweden und Griechenland gut 50 Prozent der Bewohner:innen von Berggebieten mehr als eine Stunde Fahrt vom nächstgelegenen Krankenhaus entfernt.

Die EU-Politik muss verbindliche Mindeststandards setzen, die allen Menschen garantiert werden, egal ob sie auf dem Land oder in der Großstadt wohnen. Mitgliedsstaaten, die Schwierigkeiten haben, dies zu erreichen, müssen ausreichend Unterstützung der EU erhalten.

Migration und Integration

Als Vorsitzender des rheinland-pfälzischen Landesverbandes der Integrationsbeiräte (AGARP) sowie Vorsitzender des Fördervereins des Bundeszuwanderungs- und Integrationsrates e.V. (BZI), setze ich mich für Integration auf Augenhöhe ein. Hierfür müssen wir faire Chancen schaffen, egal ob im Bildungsbereich, dem Arbeits- oder Wohnungsmarkt. Eine Zweiklassengesellschaft, die in „deutsch und migrantisch“ aufgespaltet wird, will ich verhindern. Grenzen verlaufen nicht zwischen Völkern, sondern zwischen oben und unten! Ich will mich für ein Europa einsetzen das nicht nur wirtschaftlich denkt, sondern auch sozial. Ich will mich für ein Europa einsetzen, das die Würde des Menschen in den Mittelpunkt stellt und nicht den Profit.

Ich wende mich gegen ein Europa, dass durch verschiedene rechte Gruppierungen immer autokratischer wird, ich werde mich dafür einsetzen, dass es weltoffener und menschlicher wird.

Zur Menschlichkeit gehört auch, dass wir nicht tatenlos zusehen, wenn Menschen auf dem Mittelmeer ertrinken. Europa muss sich im Klaren darüber sein, dass Stacheldraht und Zäune Fluchtbewegungen nicht aufhalten werden. Vielmehr führt es dazu, dass mehr Menschen illegale Fluchtwege nutzen und sich in große Gefahr bringen, Leib und Leben riskieren.

Es wird oft vom Schutz des „christlichen Abendlandes“ durch die „Festung Europa“ gesprochen. Wenn wir christliche Werte erhalten wollen – wie z.B. Nächstenliebe oder Einsatz für die Schwächeren – dann ist eine „Festung Europa“ der falsche Weg. Wir brauchen sichere Fluchtrouten und hohe Investitionen zur Bekämpfung der Ursachen von Flucht!

Friedenspolitik

Die EU ist Trägerin des Friedensnobelpreises. Das hielten damals viele von uns für einen schlechten Scherz. Auch mir ist diese Auszeichnung nach wie vor unverständlich. Schon damals waren die Ambitionen der EU eine starke Militärmacht zu werden offensichtlich, ihre Mitgliedsstaaten gehörten zu den größten Waffenexporteuren der Welt.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat nun verdeutlicht, dass Bemühungen für eine diplomatische Lösung des Konflikts nicht die präferierte Methode der Union sind. Der EU Außenbeauftragte Borrell machte hier unmissverständlich klar: „Der Krieg werde auf dem Schlachtfeld entschieden.“ Eine klare Absage an zivile und diplomatische Lösungen!

Die EU muss als Friedensstifter agieren und darf nicht eine weitere Eskalation von Kriegen befeuern. Der Angriffskrieg gegen Ukraine ist grausam und ein Verbrechen. Trotzdem braucht es diplomatische Alternativen, um den Krieg zu beenden. Eine rein militärische Lösung bedeutet nur noch mehr Opfer in einem langwierigen Abnutzungskrieg!

Von unserem gemeinsamen europäischen Haus darf kein Krieg ausgehen. Es ist kein Geheimnis, dass die US-Airbase Ramstein eine wichtige Rolle im vermeintlichen „Krieg gegen den Terrorismus“ spielt. Ramstein dient als Relaisstation für völkerrechtswidrige Tötungen durch Kampfdrohnen und es ist unerträglich, dass dies nach wie vor geduldet wird. Um hier Druck auszuüben, braucht es eine starke LINKE in Kommune/ Land/Bund und der EU!

Unsere Vision einer europäischen Union, ist die Friedensunion, ist die Union der sozialen Gerechtigkeit, ist ein Europa in dem alle gut leben können! Dafür möchte ich mich im europäischen Parlament einsetzen und bitte hierfür um Eure Unterstützung!

Kemal Gülcehre

Persönliches

Schule und Beruf

1977 – 1978 Grundschule, 1. Klasse in Xirtzan und Erzincan

1978 – 1982 Grundschule Wörrstadt

1982 – 1986 Hauptschule Flonheim

1986 – 1989 Berufsausbildung zum Zimmermann in Flonheim

1989 – 2002 Werkschutzfachkraft, Adam Opel Werke in Rüsselsheim

2002 – 2010 selbstständig im Bauwesen

2011 – bis heute, Pflegedienst in der Rheinhessen Fachklinik in Alzey

Familie

verheiratet, drei Kinder: Dilan (31) und die Zwillinge Mirkan und Berfin (24), Opa seit 07.02.2010

Gewerkschaft, Politik, Ehrenamt

1989 – 2002: Mitglied der IG Metall, Vertrauensmann

2011 – 2022: Mitglied Personalrat RFK Alzey

1999 – heute: Mitglied der Alevitischen Gemeinde Alzey e.V.

2007 – heute: Vorsitzender der Alevitischen Gemeinde Alzey e.V.

2008 – 2011: Mitglied von B'90/die Grünen Alzey-Worms

2011 – heute: Mitglied Kreisverband DIE LINKE Alzey-Worms

2009 – heute: Mitglied des Kreistages Alzey-Worms

2014 – heute: Mitglied des Alzeyer Stadtrates

2006 – heute: Mitglied des Beirates für Migration und Integration, Landkreis Alzey-Worms

2009 – heute: Vorsitzender des Beirates für Migration und Integration im Landkreis Alzey-Worms

2018 – heute: Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration Rheinland-Pfalz (AGARP)

2018 – heute: Vorsitzender des Bundeszuwanderungs- und Integrationsrates Förderverein e.V. (BZI)

seit 2023 Mitglied der Härtefallkommission in Rheinland-Pfalz